

Graz spart 80 Millionen an Beamten-Pensionen

Pensionsreform: Stadt erhöht Antrittsalter für Beamte von 61,5 auf 65 Jahre / FCG-Machtkampf voll entbrannt.



Foto © APA/Sujet

Seit Jahren ist es ein Kräftemessen zwischen Beamtengewerkschaftern und Bundesregierungen. Trotz Protests gab es Abstriche für Beamte. Gingen sie einst mit 80 Prozent des Letztbezugs in Pension, gibt es nun einen Durchrechnungszeitraum für die Bemessung des Ruhebezugs. Jetzt folgt der nächste Schritt: Das Rathaus hebt - nach Bund und Land - das Pensionsantrittsalter für die noch rund 2000 städtischen Beamten an. Ab 1. Jänner 2011 liegt es für Frauen und Männer statt bisher bei 61,5 bei 65 Jahren. Für Beamte über 50 Jahre gibt es Übergangsfristen bis 2026.

VP-Finanzstadtrat Gerhard Rüschi verhandelt mit den Personalvertretern letzte Details, reibt sich aber schon die Hände. Wird die Stadt doch Millionen einsparen: "Das bringt uns schon im ersten Jahr, also im Budget 2011, eine Ergebnisverbesserung um eine Million Euro." Ein Anfang, kosten die Pensionen für die 3109 städtischen Beamten im Ruhestand die Steuerzahler doch 98 Millionen Euro jährlich. Seit 1997 pragmatisiert die Stadt Bedienstete nicht mehr. So um 2040 "stirbt" damit der Berufsstand des pragmatisierten Grazer Beamten aus. Rüschi: "Dank höheren Antrittsalters wird die Stadt bis dahin bis zu 80 Millionen an Pensionszahlungen eingespart haben."

In einem Punkt spießt es sich in den Verhandlungen noch, verrät Personalvertretungschef Gerhard Wirtl: "Wir wollen nicht hinnehmen, dass unsere Pensionisten einen höheren Solidarbeitrag bezahlen sollen, wie die Grünen das in Robin-Hood-Manier fordern." Konkret zahlen pensionierte Beamte seit 2005 ein Prozent ihrer Pension als Solidarbeitrag ein. Die Besserverdiener unter den Pensionären sollen nun noch mehr berappen. Wirtl: "Ja, es geht nicht um die Ärmsten. Aber diese Pensionisten haben wegen der geringen Erhöhungen in den letzten Jahren, die unterhalb der Inflationsrate lagen, real schon einen ganzen Monatsbezug eingebüßt. Es wäre ungerecht, sie nun noch mehr zur Kasse zu bitten!"

Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) liegt nicht nur mit dem schwarzen Arbeitnehmerbund ÖAAB im Clinch, auch intern rumort es. Um sich für die Personalvertretungswahlen im Rathaus im Oktober zu positionieren, hat sich ja Hannes Zirkl ausgerechnet auf das zentrale schwarz-grüne Projekt "Haus Graz" eingeschossen. Die Optik, dass die VP-nahe Gewerkschaft auf Kosten des Prestigeprojektes von VP-Bürgermeister Siegfried Nagl Wählerstimmen gewinnen will, gefällt nicht allen. Peter Vuur, Vorstandsmitglied im FCG, spricht sich klar gegen Zirkl aus: "Im Vorstand sind wir nicht alle seiner Meinung."

Der Vorwurf: Der eigentliche FCG-Obmann Wolfgang Skof liegt im Krankenhaus, sein Stellvertreter Zirkl nutze das aus und wolle so das Ruder an sich reißen. "Das kann es nicht sein, Skof weiß wahrscheinlich gar nichts davon", schimpft Vuur. Zirkl weist das zurück: "Skof ist informiert, wir sind in telefonischem Kontakt." Und er betont: "Die FCG ist eine freie Gewerkschaft und nicht Teil der ÖVP. Wir lassen uns sicher nicht erpressen."